

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2324/49

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2023/2024

19. Oktober 2023

Änderungsantrag

der Listen „junge sozialist:innen und fachschaftsaktive“, „Liste Links“ und „SDS**“

Zum Antrag „Wir stehen an der Seite Israels – Resolution des Studierendenparlamentes der Universität Hamburg“ auf Vorlage 2324/40

Fasse den Antrag wie folgt:

Titel:

Jetzt erst recht:

**Internationale Verantwortung für einen gerechten Frieden in Israel-
Palästina**

Antragstext:

Die internationale Gemeinschaft hat Mitverantwortung für die Eskalation der Gewalt in Israel-Palästina. Das gilt besonders für die hochindustrialisierten westlichen Gesellschaften, die seit dem 19. Jahrhundert durch Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Kolonialismus, durch ihre Geopolitik des „Teile und Herrsche“, Waffenlieferungen, Kriege und Geschäfte zu der scheinbar aussichtslosen Entwicklung in Israel-Palästina beigetragen.

Aus dieser Mitverantwortung ergibt sich für Menschen in Deutschland nicht, sich auf die Seite eines Staates oder einer Fahne zu stellen, sondern die humane Verpflichtung, alles Notwendige für einen Waffenstillstand, humanitäre Hilfe, soziale Entwicklung und für einen Prozess zu einem gerechten, dauerhaften Frieden zu tun. Es ist zur Deeskalation notwendig, dem Völkerrecht neue Geltung zu verschaffen und den mehrfach gezeichneten Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung unter dem Vermittlungsdach der UN ernsthaft zu forcieren, die das Existenzrecht beider Staaten sowie die grundlegenden Menschenrechte aller Beteiligten ebenso garantiert, wie die Beendigung der illegalen Besatzung und Besiedlung palästinensischer Gebiete, die Internationalisierung Jerusalems und das Rückkehrrecht bzw. die angemessene Entschädigung der vertriebenen Palästinenser:innen und ihrer Nachkommen und die Anerkennung der vollständigen Rechtsgleichheit aller. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Würde, soziale Sicherung, die gerechte und nachhaltige Nutzung der Ressourcen und ein Leben in Frieden – auch alle Israelis und Palästinenser:innen.

Über Israel-Palästina hinaus gibt der verschärfte Krieg Anstoß, dass wir für eine Deeskalation im gesamten Nahen und Mittleren Osten kämpfen müssen – also für zivile Beziehungen, Rüstungskontrolle und Abrüstung, für eine atomwaffenfreie Zone und gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung. Ein solcher Prozess kann in paradigmatischer

Weise einen der gefährlichsten Brandherde der Weltzivilisation löschen. Wir fordern alle auf, sich entsprechend zu engagieren!

Seit 75 Jahren herrscht in Israel-Palästina ein mehr oder weniger offener Krieg, mit dem Potential der überregionalen Eskalation. Das erkennbare Ziel vieler israelischen Regierungen, besonders der aktuell rechtsextremen Regierung, ist, die Palästinenser:innen als politischen Faktor zu beseitigen und Israel das von den Palästinenser:innen besiedelte Land einschließlich seiner Ressourcen endgültig anzueignen. Im Zuge dieses Krieges ist Gaza, das etwa halb so groß wie Hamburg ist, zu einem de facto Freiluftgefängnis für über zwei Millionen Menschen gemacht worden. Davon sind 65 Prozent im Kinder- und Jugendalter. Das Westjordan-Land ist gleichfalls völkerrechtswidrig abgesperrt und wird von Israel kontrolliert; Siedlergewalt und rassistische Besatzungsgewalt herrschen vor. Gegen den Siedlerkolonialismus haben sich über die Jahrzehnte verschiedene Formen der Reaktion und des Widerstandes herausgebildet: terroristische und militärische, religiös verbrämte und säkular-humanistische, politische und zivilgesellschaftliche.

Der jüngste Terror-Angriff der Hamas ist die bisher grausamste abscheuliche Folge aus der langjährigen Gewalteskalation unter der Okkupation. Die Ermordungen, Misshandlungen und Verschleppungen von über 1.300 Menschen verlangt von uns allen einen verstärkten Einsatz für eine Unterbrechung der Spirale der Gewalt. Dies gilt besonders, weil der Terror zugleich ein gezielter Angriff auf die Menschlichkeit und auf das persönliche Engagement für Frieden ist. Er trifft auch Israelis und Palästinenser:innen, die sich für ein friedliches Zusammenleben eingesetzt haben und weiter einsetzen. Es ist der Hamas zynisch bewusst, dass sie alle Palästinenser:innen der überlegenen Militärmacht Israels und einem rücksichtslosen Racheakt der extrem rechten Regierung aussetzt, der mit etlichen völkerrechtswidrigen Implikationen und Kriegsverbrechen angekündigt und bereits begonnen ist. Schon jetzt fordert dieser mehrere tausend zivile Opfer. Die Bevölkerung in Gaza ist eingesperrt, ohne Gesundheitsversorgung, Nahrung und Wasser und wird bombardiert. Eine Bodeninvasion Israels in Gaza bedeutet ein weiteres Massaker und birgt die Gefahr des Genozids. Dem müssen wir entschieden entgegenzutreten!

Die Kriegsverbrechen keiner Kriegspartei legitimieren die Verbrechen der anderen. Wir sind auf der Seite der Zivilbevölkerung in allen Teilen Israel-Palästinas und solidarisch mit allen progressiv Engagierten. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und die menschenrechtskonforme Versorgung aller. Wir setzen uns dafür ein.

Wir fordern und fördern die zivile, humanitäre, politische, kulturelle und wissenschaftliche Solidarität mit allen Menschen und Organisationen, die sich der extremen Polarisierung und Gewalt in Nahost fortgesetzt entgegenstellen und gewaltfrei für Entwicklung und Frieden kämpfen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die humanitäre - und Entwicklungshilfe auszuweiten und eine ernsthafte diplomatische Initiative zu ergreifen, um den Friedensprozess auf Basis der völkerrechtlichen Verpflichtungen aller Beteiligten wiederzubeleben. Jegliche militärische Unterstützung Israels und Waffenlieferungen sind zu unterlassen. Sie verlängern das Töten und Sterben und widersprechen geltendem internationalem und deutschem Recht und Erkenntnissen aus der Geschichte.

Wir rufen auf, mit Friedensdemonstrationen, wissenschaftlichen Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen sich hier und jetzt für eine Deeskalation des Konfliktes, ein tieferes Verständnis seiner Genese und für Frieden und die Würde aller einzusetzen. Sprech-, Diskussions- und Demonstrationsverbote zur Solidarität mit den Palästinenser:innen oder pauschale Urteile über Menschengruppen („die“ Israelis, Juden oder Palästinenser) lehnen wir ab. Wir treten jeder Form von anti-muslimischem Rassismus und Antisemitismus entgegen.

Wir fordern die Angehörigen der Universität Hamburg auf, alle bestehenden wissenschaftlichen Möglichkeiten und Kontakte nach Israel und in die palästinensischen Gebiete sorgsam für Humanität, Gerechtigkeit, Verständigung und Frieden zu nutzen und auszubauen.